

**Rede der Oberbürgermeisterin Helma Orosz
zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2011/2012 in den Dresd-
ner Stadtrat am 30.09.2010**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich freue mich, Ihnen heute den Doppelhaushalt der Landeshauptstadt
Dresden für die Jahre 2011 und 2012 nebst der mittelfristigen Finanzplanung
für 2013 ff. vorzustellen.

Mit dem Haushalt sind mehrere Premieren verbunden:

1. Dies ist der erste Haushalt nach den neuen Rechnungslegungsvorschriften der Doppik. Neben den reinen Geldflüssen, die die alte Kameralistik abbildete, werden von jetzt an die tatsächlichen Ressourcenverbräuche dargestellt. Wir sehen also von nun an den Werteverzehr unserer Infrastruktur als systematische Abbildung innerhalb unseres Rechnungswesens. Ich hoffe, dass uns dies auch bei zukünftigen Entscheidungen weiterhilft.
2. Dies ist der erste Haushalt nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise. Wie Sie wissen, ist im letzten Jahr die Wirtschaftsleistung in Deutschland um fünf Prozent eingebrochen. So etwas hatte es vorher noch nie gegeben. Ich habe Ihnen daraufhin im Frühjahr dieses Jahres mit der „Vorlage zur Stabilisierung des Haushaltes“ vorgeschlagen, unser Investitionsprogramm deutlich zu entschleunigen. Mit anderen Worten: Wir haben viele der bereits zur Realisierung vorgesehenen Investitionsprojekte zeitlich strecken oder verschieben müssen. Gleichzeitig haben wir innerhalb der Verwaltung zu umfangreichen Bewirtschaftungsmaßnahmen sowohl beim Personal wie auch bei den Sachkosten gegriffen. Dieses Vorgehen war notwendig und richtig! Derzeit schätzen wir ein, dass durch all diese Maßnahmen ca. 65 Millionen EURO zu Gunsten des Investitionsprogrammes 2011 und 2012 freigelenkt werden konnten.

3. Dieser Haushalt erreicht mit seiner mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2015 die Halbzeitmarke im Degressionsprozess des Solidarpaktes und umfasst leider auch die voraussichtlich letzte Periode der EU-Strukturförderung.

Dies bedeutet, dass wir unabhängig vom tatsächlichen Konjunkturverlauf strukturell in einer anderen Welt aufwachen werden:

Solidarpakt und EU-Förderungen sind derzeit die systematische Überausstattung der neuen Länder mit Finanzmitteln (immer im Vergleich zu westdeutschen Kommunen) mit dem Ziel, dass die Lücken in unserer Infrastruktur sich mit Auslaufen des Solidarpaktes schließen mögen. Dies bedeutet aber im Umkehrschluss, dass es für all die Investitionen, die wir im nächsten Jahrzehnt finanziell nicht darstellen können, es danach strukturell sehr viel schwerer werden wird.

Daraus folgt, dass wir schon heute sehr genau abwägen müssen, welche Investitionen wir mit dem hier vorliegenden Doppelhaushalt tatsächlich angehen wollen. Politisch gesprochen, heißt es dann eben auch, die notwendigen Prioritäten zu setzen.

Wem immer in diesem Haushaltplanentwurf irgend etwas fehlt, was im Übrigen nicht zuletzt wegen der Folgen der Wirtschaftskrise sehr wahrscheinlich ist, der sollte nicht einfach nach Kreditaufnahme rufen, sondern er muss notwendige Prioritäten im Auge behalten!

Teile der Politik unterliegen leider regelmäßig der großen Versuchung, mehr zu versprechen, als man bezahlen kann. Dass man sich mit einer derartigen Haltung an den Rand des Ruins wirtschaftet, ist eine der wesentlichen Erkenntnisse der Krise der letzten zwei Jahre.

Sehr geehrte Damen und Herren,
nicht zuletzt auch wegen der Schuldenfreiheit genießt Dresden national wie international einen exzellenten Ruf. Die Schuldenfreiheit ist inzwischen imageprägender Standortfaktor Dresdens geworden und beeinflusst deshalb auch Standortentscheidungen von Unternehmen zu Gunsten unserer Stadt. Daraus resultieren Zuwanderungen von jungen

Fachkräften und Familien. Eine Aufhebung des Verschuldungsverbotes zerstört diese positive Entwicklung schlagartig.

Die vierte Premiere besteht darin, dass dieser Doppelhaushalt der erste Haushalt ist, den ich selbst als Oberbürgermeisterin maßgeblich gestaltet habe. Der Haushalt 2011 und 2012 trägt Prioritäten aus meinem politischen Programm, wofür die Dresdnerinnen und Dresdner mich gewählt haben.

Ich muss zugeben, dass es nicht leicht fällt, einen Haushaltsplan aufzustellen, ausgerechnet mitten in einer Wirtschaftskrise.

Im Frühjahr haben wir Ihnen mit der Vorlage 0480 ausführlich die Rahmendaten erläutert. Nun, kaum ein halbes Jahr später, sieht es danach aus, als dass sich zumindest Deutschland deutlich schneller von der Krise erholen kann, als ursprünglich befürchtet. Es ist sogar fast eine kleine Euphorie bezogen auf den deutschen Wirtschaftsaufschwung zu spüren. Vor allem aus dem Ausland zollt man Deutschland und der deutschen Politik uneingeschränkten Respekt. Leider macht es einem die Aufgabe nicht leichter, wenn im Halbjahresrhythmus die Ökonomen ihre Prognosen ändern. Erst sieht keiner die Krise voraus. Dann sieht keiner die Geschwindigkeit des Aufschwunges voraus und jetzt beginnen wir wieder, diesen Aufschwung als unsere Prognose für die Einnahmeentwicklung in die Zukunft fortzuschreiben. Man kann nur hoffen, dass die Verstetigung des Aufschwunges wirklich kommt.

In der Annahme dieser Trendverstetigung haben wir in der Planung für den neuen Doppelhaushalt unsere Steuereinnahmeerwartungen entsprechend nach oben gesetzt. Aktuell verzeichnen wir in Dresden wieder steigende Gewerbesteuererinnahmen, obwohl diese zum Teil auch aus Nachzahlungen der Vorjahre rühren. Das Heraufsetzen der Gewerbesteuer für sich genommen ist daher zwar deutlich risikobehaftet, aber im Moment auch eher als Platzhalter für eine hoffentlich im

November positiv ausfallende Gesamtsteuerschätzung zu bewerten und erscheint insofern gerechtfertigt.

Eine unserer Hauptsorgen im Haushalt kommt aus den zahlreichen Einnahmepositionen, die sich aus dem Haushalt des Freistaates Sachsen speisen. Wie prognostiziert, wird ab dem Jahr 2011 der Einbruch bei den Schlüsselzuweisungen eintreten. In den Verhandlungen um den kommunalen Finanzausgleich konnte für die kommunale Seite aber insofern ein Erfolg erzielt werden, als es gelungen ist, die allgemeinen Schlüsselzuweisungen für unsere Ergebnishaushalte auf dem heute vorhandenen hohen Niveau zu stabilisieren, so dass den sächsischen Kommunen tief defizitäre Haushalte im Ergebnisbereich erspart bleiben. Diese Situation entspricht einer Überschusssituation im alten kommunalen Verwaltungshaushalt.

Die Kehrseite ist jedoch eine nahezu vollständige Reduzierung der investiven Schlüsselzuweisungen. Im laufenden Haushaltsjahr 2010 bekommt Dresden investive Schlüsselzuweisungen in einer Höhe von 57,5 Mio. EURO. Im nächsten Jahr werden es nur noch 6,3 Mio. und im Jahr 2012 nur noch 3,8 Mio. EURO sein. Pro Jahr fehlen uns hier also schon allein 50 Mio. EURO, d. h. auf den Doppelhaushalt bezogen 100 Mio. EURO.

Wenn die jetzige Aussage des Freistaates tatsächlich nicht verändert wird, dann werden die Kommunen und die Landeshauptstadt Dresden von nun an bei der Schulsanierung auf sich allein gestellt sein mit der Folge, dass sie entweder vor dieser Aufgabe kapitulieren müssen oder aber eine fundamentale Neuausrichtung unserer kompletten Haushaltspolitik einleiten müssen.

Für den Moment reagieren wir mit unserem Haushaltsentwurf für die nächsten Jahre so, dass wir den städtischen Mitteleinsatz für den Schulausbau für die Jahre 2011 bis 2013 verdoppeln und das, obwohl wir mitten in einer Situation der Krisenbewältigung sind.

Wir haben zusammen in den Jahren 2011/2012/2013 rund 120 Mio. EURO, d. h. im Schnitt ca. 40 Mio. EURO für den Schulhausbau vorgesehen.

Im Einzelnen heißt dies z. B.:

- Neubau des Marie-Curie-Gymnasiums für 24,7 Mio. EURO.
- Dann wollen wir das Gymnasium Bürgerwiese neu bauen, und dies vollständig mit städtischem Geld in Höhe von 25,7 Mio. EURO.
- Die Sanierung des Hans-Erlwein-Gymnasiums wird mit 13,7 Mio. EURO nunmehr in Gänze vorgenommen, d. h. an dieser Stelle wird das Brandschutzprogramm zur Komplettsanierung ausgeweitet und insofern die bisherigen Planungen wieder auf die Tagesordnung gehoben. Am Fritz-Löffler-Gymnasium werden 7,3 Mio. EURO investiert. Neue Sporthallen sollen für die Gymnasien in Klotzsche (4,2 Mio. EURO), Cotta (6,6 Mio. EURO) und für das Dreikönigsgymnasium (4 Mio. EURO) errichtet werden.

Darüber hinaus werden auch die Mittel im Ergebnishaushalt für das Schulverwaltungsamt sowohl für die allgemein laufenden Kosten aufgestockt wie auch insbesondere für die Bauunterhaltung.

Dass das Thema Bildung im Haushalt die höchste Priorität hat, können Sie auch daran erkennen, dass die Zuschüsse für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten in 2011 gegenüber den Haushaltsansätzen des Jahres 2009 um 20 Mio. EURO auf 124 Mio. EURO erhöht werden. Ich bin sehr froh, dass wir es auch in der Krise packen, in Dresden exzellente Voraussetzungen für die frühkindliche Bildung weiter auszubauen bzw. neu zu schaffen. Für das Kita-Investitionsprogramm stehen im Doppelhaushalt weitere ca. 30 Mio. EURO städtische Mittel zur Verfügung, zu denen dann die Bundesmittel zum Ausbau der Krippenkapazitäten noch hinzu kommen. Leider sieht es auch hier so aus,

als ziehe sich der Freistaat Sachsen aus dem Investitionsprogrammen vollständig zurück!

Nach wie vor problematisch sehe ich in diesem Zusammenhang, dass uns der Freistaat die Mittel des Bundes für die laufenden Betriebskosten im Krippenbereich vollständig vorenthält. Dies ist ein unfairer Umgang, sowohl mit den eigenen Kommunen, aber auch in Richtung Bund.

Ein weiterer Schwerpunkt ist mit diesem Haushalt im Bereich der Kultur gesetzt. Trotz der schwierigen Zeiten halten wir fest an der Zusage bezüglich der Investitionen für die Operette und das TJG.

Die Finanzmittel für eine vollständige Sanierung des TJG nebst Neubau von Puppen- und Probebühne am bewährten Standort Cotta in Höhe von 18 Mio. EURO sind in diesem Haushaltsplan enthalten. Insofern ist das Projekt abgesichert.

Die Rücklagenmittel für den Neubau einer Operette sind und bleiben für diesen Zweck reserviert. Ich empfehle dem Stadtrat dringend dem Standort Wiener Platz zuzustimmen, weil dieser Standort das vordringliche städtebauliche Problem lösen hilft und nicht zuletzt auch deshalb die kostengünstigere Variante darstellt. Alles andere würde eine zusätzliche Belastung/Einsparung an anderer Stelle bedeuten! Das kann nicht unser Ziel sein, deshalb bin ich froh, dass es mir gelungen ist, den Grundstein für eine Kulturstiftung legen zu können.

PAUSE

Darüber hinaus setzen wir unsere Investitionen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur fort. Die Albertbrücke ist mit 20 Mio. EURO im Haushalt verankert, genauso wie die Königsbrücker Straße mit 25 Mio. EURO. Die gestiegenen Kosten der Waldschlößchenbrücke waren, wie angekündigt, ebenfalls mit diesem Haushalt abzusichern.

Ich bin sehr froh, dass wir es geschafft haben, neben diesen großen Einzelinvestitionen auch für den Radwege- und Gehwegebau die Mittel gegenüber unserer Mai-Vorlage wieder aufzustocken. Dies entspricht meinem persönlichen Wählerauftrag genauso wie Ihrer Beschlusslage vom Mai dieses Jahres. Gleiche Summe haben wir übrigens auch etalisiert für die Spielplätze und Grünanlagen. Durch das Stabilhalten der Haushaltsansätze entsprechend der alten Finanzplanung können wir viele Spielplätze und Grünanlagen mit einer entsprechend großen Wirkung sanieren oder neu bauen.

Um auf das Straßen- und Tiefbauamt zurückzukommen, sei darauf hingewiesen, dass insgesamt dort im Jahr 2011 immerhin 51,3 Mio. EURO und im Jahr 2012 43,3 Mio. EURO ausgegeben werden. Dass diese Plansumme größer ist, als im Schulhausbau, liegt einzig und allein daran, dass hier eine andere Förderkulisse existiert. Während im Straßen- und Tiefbauamt im Jahr 2011 31,9 Mio. EURO Fördermittel geplant werden können, sind dies im Schulverwaltungsamt lediglich 6,8 Mio. EURO.

Leider gehen auch die Fördermittel im Bereich der städtebaulichen Erneuerung zurück, diesmal jedoch aufgrund von Kürzungen des Bundes. Die Fördermittel, die es zu akquirieren gibt, werden wir selbstverständlich mit unseren kommunalen Mitteln ergänzen.

Einen weiteren Schwerpunkt des Haushaltes stellen die Investitionen in die Verbesserung der Sicherheit dar. Die Investitionsetats im Brand- und Katastrophenschutzamt bleiben mit 10,6 bzw. 8,3 Mio. EURO auf hohem Niveau. Die notwendigen Mittel für den Hochwasserschutz konnten wir ebenfalls einstellen. Das Gleiche gilt für die dringende Sanierung des Rathauses, die im Kern vor allem eine Brandschutzsanierung ist und mit 9 Mio. EURO etalisiert ist.

Wie ist dieses hohe Investitionsniveau in Dresden eigentlich möglich?
Auch auf die Gefahr hin, dass so mancher es nicht mehr hören möchte:

Ohne den Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft mit anschließender Entschuldung wäre die Lage auch bei uns dramatisch schlechter, und zwar um ziemlich genau 70 Mio. EURO. Hätten wir für 70 Mio. EURO also weiter unseren Schuldendienst, hätte dies eine entsprechend geringere Investitionstätigkeit zur Konsequenz. Um zu verdeutlichen, was das heißt, muss man sich klarmachen, dass diese 70 Mio. rein rechnerisch die Addition dessen darstellen, was an städtischen Investitionsmitteln im Jahr 2011 für den Neubau bzw. die Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen und Straßen und Brücken und im Hochwasserschutz zusammen ausgegeben wird. Wer angesichts dieser Dimensionen noch immer herumlamentierte, der Verkauf habe sich als falsch erwiesen, der ist in der Realität nie angekommen.

Ohne den Verkauf der Woba und zugegebenermaßen ohne den guten konjunkturellen und damit Einnahmenverlauf insbesondere des Jahres 2008 würden wir heute nicht über die Rücklagen verfügen, die wir jetzt heranziehen, um den vorliegenden Doppelhaushalt finanziell abzusichern.

Darüber hinaus haben wir uns mit der Vorlage V0480 vom Mai diesen Jahres erheblichen Spielraum verschafft, um Mittel freizulenken für die neue Investitionsplanung des Doppelhaushaltes 2011 und 2012.

Wie Sie wissen, hatten wir Investitionen gestreckt, in diesem Zusammenhang einen großen Teil von Haushaltsausgabenresten der Vorjahre gestrichen, 2010er Investitionen verschoben und die Verwaltung hat mit den Bewirtschaftungsmaßnahmen bei den Personalkosten wie im Sachkostenbereich weitere Anstrengungen unternommen. Zu den bereits vorhandenen Rücklagenbeständen kommt durch dieses Paket eine Summe von ca. 65 Mio. EURO hinzu. Darüber hinaus haben wir zweckgebundene Rücklagenbestände noch einmal durchforstet, mit dem Ergebnis, dass weitere 10 Mio. EURO für allgemeine Investitionen freigegeben werden können. Zusammen mit den sich hoffentlich im Verlauf des Jahres 2010 weiterhin stabilisierenden Steuermehreinnahmen bei der Gewerbesteuer ergibt sich so ein Gesamtfonds von Rückgriffmöglichkeiten in Höhe von ca. 170 Mio.

EURO. Hinzu kommen die Rücklagenbestände in Höhe von 46 Mio. EURO zu Gunsten der Kulturinvestitionen für die Operette und das TJG.

Ohne diese Rücklagenbestände sähe es jedoch düster aus mit der Fähigkeit der Stadt, eigene Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen. Die Rücklagenpolitik, die wir betrieben haben, versetzt uns also in die Lage, dieser Krise etwas entgegen zu setzen, d. h. auf hohem Investitionsniveau zu überstehen.

Wie ist nun der Ausblick für die kommunalen Finanzen?

Die Perspektive der nächsten Jahre wird wesentlich bestimmt sein von der Kraft und Tragfähigkeit eines wirtschaftlichen Aufschwungs auf der einen Seite und von der in die entgegengesetzte Richtung wirkenden Faktoren der Degression des Solidarpaktes, weitere Bevölkerungsverluste im Freistaat sowie das Auslaufen der EU-Strukturförderung auf der anderen Seite.

Wie Sie wissen, versucht der Freistaat, vor allem konjunkturbedingte Einnahmeausfälle in einer Größenordnung von 1,3 Milliarden EURO zu kompensieren. Wenn man sich noch vergegenwärtigt, dass der Rückgang der Off-Transfers und der Rückgang der Bevölkerungszahlen bis zum Jahr 2020 bzw. 2025 zu einem strukturellen Einnahmeverlust von über 3 Milliarden EURO beim Freistaat führt, kann man sich ausmalen, dass der Freistaat sich mit seinen aktuellen Mittelkürzungen möglicherweise noch nicht einmal auf der Hälfte der Strecke wäghen darf, die es in den nächsten Jahren noch zurückzulegen gilt. Man darf sich also nichts vormachen: Die Einnahmeperspektiven werden sich trotz eines hoffentlich kräftigen Wirtschaftsaufschwunges für die Kommunen strukturell im nächsten Jahrzehnt nicht verbessern, sondern sich verschlechtern.

Die Handlungsfähigkeit vieler Städte erodiert zusehends, weil die kommunalen Sozialausgaben ungebremst weiter steigen und die Einnahmen sich nur nach und nach erholen werden. Eins ist jedoch klar,

Korrekturen auf der Einnahmenseite laufen ins Leere, wenn man die Ausgabenseite außer Acht lässt.

Daher scheint es dringend geboten, dass auch wir alle Anstrengungen unternehmen, um unser Ausgabeverhalten möglichst effizient zu gestalten. Aus diesem Grund kündige ich jetzt schon an, dass wir unsere Personalkosten in den nächsten Jahren konstant halten müssen, d. h. weitere Tarifierhöhungen müssen durch unterschiedliche Maßnahmen abgefangen werden. Wir müssen Bürokratie abbauen, sympathischer machen, Arbeitsprozesse optimieren und nach Kooperationen mit anderen Kommunen suchen! Wir müssen die Effizienzgewinne der Verwaltung ummünzen in eine höhere Produktivität der Beschäftigten. Wir werden hierzu in Kürze mit externer Hilfe sogenannte Best-Practice-Beispiele heranziehen, um unsere Ämter am besten Vorbild deutscher Ämter weiter zu qualifizieren und auszurichten. Hierzu wird es vieler Einzelnahmen bedürfen. Um ein Beispiel zu nennen, müssen wir die Einführung der Doppik nicht nur als einfaches Umstellungsthema im Rechnungswesen begreifen, sondern auch als Möglichkeit zur Rationalisierung. Hier werden auch wir neue Wege beschreiten.

Über diverse effizienzsteigernde Strukturveränderungen wird ja bereits ohnehin diskutiert. So wollen wir die Bewirtschaftung der Bäder an die TWD bzw. DREWAG geben, um Synergien zu realisieren. Darüber hinaus müssen wir in unserem städtischen Beteiligungsportfolio weitere Spezialisierungsgewinne ins Auge fassen. Rund um das Thema Immobilien- und Facility-Management haben wir derzeit mehrere Gesellschaften. Hier gilt es, Effizienzgewinne zu heben.

Aber auch andere Dienstleistungen, die wir derzeit als Stadt erbringen, gehören auf den Prüfstand. Wenn sie am Markt preiswerter einzukaufen sind, so ist es ein Gebot der Wirtschaftlichkeit, diese Möglichkeiten zu nutzen. Dies gilt z. B. für die gewerblichen Bereiche der Zentralen Technischen Dienstleistungen, also für die Hausmeisterdienstleistungen, die Grünflächenpflege und die Straßenunterhaltung.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es im Grunde genommen in keinem Bereich einen immer währenden Status Quo der vorhandenen Strukturen und der vorhandenen Ressourcen gibt. Genauso, wie sich die Märkte und Technologien permanent wandeln und sich die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen der Privatwirtschaft ständig erhöht, genauso sind wir aufgefordert, unsere Strukturen und unser Arbeiten ständig zu überprüfen, um besser zu werden. Wenn es uns nicht gelingt, in den nächsten Jahren erhebliche Effizienzgewinne in unserer Verwaltung und unseren städtischen Beteiligungen zu erzielen, werden wir unser Investitionsprogramm nicht zuletzt im Bildungsbereich, aber auch bei der gesamten kommunalen Infrastruktur nicht in dem Maße umsetzen können, wie wir es vor der uns nachfolgenden Generation verantworten müssen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns konstruktive Beratungen zum Doppelhaushalt 2011 und 2012.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!